

# 21,5 Milliarden für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unbezahlbar?

Die Tarifforderungen sind 10,5% für alle (aber mindestens 500 Euro pro Monat), 200 Euro für Auszubildende, Studierende und Praktikant\*innen, bei einer Laufzeit von 12 Monaten, unbefristete Übernahme von Auszubildenden. Laut Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) würden die Forderungen, der Gewerkschaft ver.di, 15,4 Milliarden Euro Kosten verursachen. Für den Bund bezifferte die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, die Kosten auf 6,1 Milliarden Euro.

**Die Arbeitgeber\*innen behaupten, das sei nicht finanzierbar. Wir sagen, das ist locker finanzierbar!**

## Vermögen des Geldadels

Das Geldvermögen in Deutschland wurde 2022 von der Deutschen Zentralen Genossenschaftsbank mit knapp 8 Billionen Euro angegeben. 2020 besaßen 10% der Bevölkerung 63% des Vermögens. Dieses Geldvermögen ist mehr als das 3-fache der Staatsschulden im ersten Halbjahr 2022.

## Steuerhinterziehung

Durch Steuerhinterziehung, insbesondere von Reichen, entgehen Deutschland, laut der Hans-Böckler-Stiftung, 100 Milliarden Euro jährlich. Eine konsequente Strafverfolgung wäre ein 1. Schritt um mehr als das 4-fache der Kosten für die Tarifierhöhung zur Verfügung zu haben.

## Vermögenssteuer

Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, obwohl sie im Steuerrecht enthalten ist. Eine Arbeitsgruppe rot-grün regierter Bundesländer ermittelte, dass eine Vermögenssteuer von 1% bei einem Vermögen von 2 Millionen Euro und 2% bei 1 Milliarde Euro Vermögen schon 15-25 Milliarden Euro Steuermittel einbringen würden. Ein Prozent wäre sogar viel zu wenig, wenn man sich die Verteilung des Vermögens anschaut.

## Steuersenkungen für Unternehmer

Von 1996 bis 2016 wurden die Steuern für Unternehmer von 59% auf 29,72% gesenkt. Laut finanz.de zahlten große Konzerne wie Audi 0%, Mercedes 1,63% und Bosch 3,69% tatsächliche Steuern.

Ein aktuelles Beispiel von 2022, ist die Senkung der Gewerbesteuer um 30% in Mainz. Die Gewerbesteuer,

ein Teil der Unternehmenssteuer, wird von den Kommunen erhoben. Für Mainz bedeutet die Senkung 350 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen.

## Sondervermögen für Bundeswehr

Für die Bereitstellung dieser 100 Milliarden Euro war eine Grundgesetzänderung nötig. Diese wurde kurzer Hand beschlossen. Dabei wurden 2021 schon 44 Milliarden Euro für Rüstung ausgegeben. Das ist eine Steigerung von 28% seit 2011.

Es gibt noch mehr Beispiele und reale Beträge, wie gesellschaftlicher Reichtum in der Hand von Wenigen liegt, anstatt im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verwendet zu werden. Deshalb gibt es keinen Grund Zugeständnisse bei den mehr als notwendigen Forderungen zu machen. Es wäre auch genug da, um zusätzlich Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr und Umweltschutz zu finanzieren.

Es ist aber die Frage, in wessen Interesse Politik gemacht wird. Im Kapitalismus richtet sich die Politik grundsätzlich nach den Interessen von einigen wenigen Großaktionären der Konzerne und Banken. Dabei ist es eine Frage der Kräfteverhältnisse, wie viel wir in dieser Tarifrunde durchsetzen können. Darüber hinaus sollte aber über eine gesellschaftliche Alternative jenseits von Profitinteressen diskutiert werden. Die Reichen können wir uns nicht mehr leisten! Große Konzerne in Gemeineigentum und unter demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung angefangen bei Gesundheitswesen, Immobilien- oder Energiewirtschaft und darüberhinaus! Das sind wichtige Forderungen, die von den Gewerkschaften aufgegriffen werden müssen.



**Meldet euch beim „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“**  
[www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de),  
Email: [info@netzwerk.de](mailto:info@netzwerk.de)



# KÄMPFEN UM ZU GEWINNEN!

NETZWERK  
für eine kämpferische  
und demokratische

ver.di



## Ein 11-Punkte-Programm für die Tarfbewegung im öffentlichen Dienst

### 1. Forderungen voll durchsetzen!

500 Euro mehr und 10,5% mindestens, sowie 200 Euro mehr und die unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung sind die aktuellen Forderungen der Tarifrunde für Bund und Kommunen – diese müssen voll durchgesetzt werden! Besonders die Festgeldforderung nach 500€ mehr muss in dieser Tarifrunde im Mittelpunkt stehen! Gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen trifft die Inflation besonders hart. Für sie bedeuten 500€ mehr als 10,5%, weswegen gerade an diesem Punkt eine volle Durchsetzung wichtig ist. Dadurch könnte ein Schritt in die Richtung gemacht werden, die Schere zwischen den Einkommen zu verringern

### 2. Laufzeit: maximal 12 Monate!

Auch hier dürfen keine Abstriche gemacht werden, da ansonsten die Inflation nicht ansatzweise ausgeglichen wird. Stattdessen würde in Kauf genommen, dass die Beschäftigten in absehbarer Zeit nicht wieder zum Streik aufgerufen werden können. Denn wenn die Inflation so weitergeht, dann ist eine Lohnerhöhung um zehn Prozent nach einem Jahr schon wieder aufgefressen. Gerade in Krisenzeiten darf es Laufzeiten von mehr als 12 Monaten deshalb prinzipiell nicht geben. Alles andere dient dazu, den Beschäftigten die Hände zu binden. Gleichzeitig sollten sich die Gewerkschaften für eine zusätzliche automatische Inflationsanpassung nach oben stark machen.

### 3. Kein Geld da? Doch!

Von wegen „Jammern auf hohem Niveau“ und solides Verzichten - das nötige Geld für Lohnsteigerungen ist da bzw. kann locker gemacht werden.

Dafür muss deutlich gemacht werden, dass es Vermögenssteuer, Millionärssteuer und eine unmittelbare Milliardenabgabe braucht. Statt hundert Milliarden in Rüstung zu stecken, braucht es hundert Milliarden Euro mehr für Gesundheit, Bildung, Soziales und Umwelt - kurz die öffentliche Daseinsvorsorge. Doch nicht nur Vermögen, auch Konzernprofite sollen herangezogen werden. Wir können uns ein Wirtschaftssystem, das Viele ausbeutet und nur Wenige gerade wegen dieser Ausbeutung reich werden, nicht länger leisten! Wir können es uns nicht länger leisten, dass Risiken und Verluste immer vergesellschaftet werden, aber Gewinne weiterhin privatisiert werden!

### 4. Ernsthafter Arbeitskampf, um stark zu werden!

Dieser Kampf muss konsequent und ernsthaft vorbereitet und geführt werden. Dann werden viele Beschäftigte gerade im Arbeitskampf merken, dass es wichtig ist und sich lohnt, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Denn so können gute Ergebnisse erzielt werden. Nur auf diesem Wege kann der Organisationsgrad steigen und die Schlagkraft der organisierten Beschäftigten zunehmen!

### 5. Kündigung der Schlichtungsvereinbarung - jetzt!

Bald starten die Verhandlungen, doch ein ausreichendes Angebot der Arbeitgeberseite ist nicht zu erwarten. Daher muss jetzt schon klar sein, dass die Urabstimmung für einen Erzwingungsstreik auf der Tagesordnung steht! Falls es nach drei Verhandlungsterminen kein Ergebnis gibt, auf das sich beide Parteien einigen können, kann einseitig die Schlichtungsstelle angerufen werden. Hierbei soll ein Kompromiss gefunden werden, doch solche Kompromisse sehen oft für die Arbeitgeberseite besser aus als für die Seite der Beschäftigten. Auf diese Masche müssen wir uns nicht einlassen! Die Schlichtungsvereinbarung könnte bis Ende Februar zu Ende März noch gekündigt werden. Das sollte schleunigst getan werden. Denn weiterhin führt nur ein Weg in Richtung eines guten

Abschlusses für die Beschäftigten: Nicht faule Kompromisse, sondern Streiks und Erzwingungsstreiks!

## 6. Demokratische Wahl von Streikleitungen vor Ort und in Betrieben!

Die Streikleitungen in Betrieben und vor Ort sollten demokratisch gewählt werden und rechenschaftspflichtig sein. Das heißt auch, dass sie abwählbar sein sollten, wenn sie z.B. Beschlüsse missachten. Zudem sollten in den Betrieben Streikdelegierte gewählt und lokal zusammengebracht werden, um gemeinsam zu beraten und die nächsten Aktionen zu beschließen. Als weiterer Schritt sollten Delegierte für eine bundesweite Streikdelegiertenkonferenz gewählt werden, die dann eine bundesweite Streikstrategie diskutieren. Ebenso müssen Hauptamtliche und eingesetzte Organiser\*innen nach den Beschlüssen handeln und wähl- bzw. abwählbar sein.

## 7. Tägliche Streikversammlungen – vom Anfang bis zum Ende!

Auf täglichen Streikversammlungen soll transparent gemacht werden, was der Stand der Verhandlungen ist. Es wäre wichtig, dass die Streikenden selbst darüber diskutieren und abstimmen können, wie es weitergeht. Kein Streikabbruch, keine Annahme eines Ergebnisses ohne Abstimmung unter allen Gewerkschaftsmitgliedern!

## 8. Solidarisches Streikgeld!

Für einen Erzwingungsstreik sollte durch den Bundesvorstand angewiesen werden, dass Niedriglohngruppen 100% Streikgeld bekommen und generell ein Härtefonds eingerichtet wird. So kann sichergestellt werden, dass es sich gerade die, die am meisten auf eine Erhöhung ihres Entgelts angewiesen sind, leisten können mitzustreiken!

## 9. Kollektiver Arbeitskampf – kollektive Entscheidung!

Trotz der Satzungsregelung, dass ein Ergebnis mit nur 25% oder mehr Zustimmung in der Urabstimmung angenommen wird, kann sich die Tarifkommission darauf einigen und verpflichten, kein Ergebnis anzunehmen, dass nicht mindestens 50% oder mehr Zustimmung hat. Somit ist gesichert, dass aus einem kollektiven Arbeitskampf auch ein kollektiv getragenes Ergebnis rauskommt!

## 10. Solidarität zwischen den Gewerkschaften!

Alle DGB-Gewerkschaften und der DGB sind in der Pflicht, systematisch in Betrieben anderer Branchen und auf örtlicher Ebene über den Arbeitskampf zu informieren und Solidarität aus anderen Betrieben zu organisieren. So könnten Delegationen von gewerk-

schaftlich Aktiven aus Nachbarbetrieben zu Streikposten oder Streikkundgebungen entsendet werden, um Soli-Botschaften zu verlesen. Es könnten Massenflugblätter vom DGB erstellt werden, die über Vertrauensleute oder Betriebsräte flächendeckend in Betrieben verteilt werden, um Mitglieder in anderen Branchen zu informieren. Es könnten außerdem zu gemeinsamen Kundgebungen mobilisiert werden, gegebenenfalls auch Spendensammlungen für einen Härtefonds – bis hin zur Möglichkeit von Solidaritätsstreiks, sollte es zu einer sehr harten Auseinandersetzung kommen.

## 11. Kolleg\*innen verschiedener Bereiche - gemeinsam auf die Straße!

Die Beschäftigten der Post sind ebenfalls in einer Tarifeinmündersetzungs, die Beschäftigten bei der Bahn werden im März ihre Tarifrunde beginnen, in Teilen von Groß- und Einzelhandel werden ebenfalls zeitnah Tarifverhandlungen beginnen. Es ist dringend geboten, gemeinsame Kundgebungen und Demonstrationen durchzuführen! So wären gleichzeitig viel mehr Menschen auf der Straße, was die Solidarität zwischen den verschiedenen Branchen stärken und vor allem die Schlagkraft der einzelnen Arbeitskämpfe vervielfachen würde! Die Gewerkschaften würden mit geballter Kraft auf der Straße sichtbar, und allein das würde auch zu einem großen Mitgliederwachstum für alle Gewerkschaften beitragen.

*„Wir brauchen auf jeden Fall gemeinsame Aktionen, die übergreifend sind und die verschiedenen Tarifrunden verbinden. Nur so wird deutlich, dass wir als Beschäftigte egal in welchem Job wir gerade arbeiten, immer die Gekackmeierten sind. Auch in Rostock werden wir uns mit den Kolleg\*innen der Post solidarisch zeigen und aus der Verwaltung eine Delegation zur Demonstration der Postler\*innen schicken. Im Gegenzug hoffen wir auf Unterstützung anderer Bereiche bei unseren Streik-Aktionen und Demos.“*

Marén Wiese (Mitglied im Gesamtpersonalrat Rostock, Aktive in der Verdi-Betriebsgruppe, Mitglied im verdi-Bezirksvorstand Rostock (Angabe der Funktion dient nur der Kenntlichmachung der Person))



## Nein zu Kompensation durch Einmalzahlungen!

Aufgrund der hohen Inflation hat die Bundesregierung die vorübergehenden steuer- und abgabenfreien Einmalzahlungen von bis zu 3000 Euro eingeführt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Arbeitgeberseite in ihren Angeboten darauf zurückgreifen wird anstatt unsere Forderungen zu erfüllen, ist hoch.

Die nackte Zahl, die genannt werden könnte, mag dann vielen Kolleg\*innen erstmal groß genug erscheinen, um einmal durchatmen zu können. Dabei kann dann in den Hintergrund geraten, dass Mieten, Lebensmittel und Energiekosten weiterhin jeden Monat bezahlt werden müssen und sicherlich nicht günstiger werden.

Diese Einmalzahlungen finden sich nicht in den Lohn- und Gehaltstabellen wieder und sobald sie ausgegeben sind, stehen wieder alle mit zu wenig Geld da – und das wieder Monat für Monat. Das erklärt, warum Arbeitgeber solche Lösungen bevorzugen, es ist für sie langfristig günstiger – zusätzlich zu den eingesparten Sozialbeiträgen.

*„Wir müssen endlich die Umverteilung von unten nach oben beenden. Damit sich die Kassen der Kommunen wieder füllen, müssen die großen Konzerne und Banken mit ihren Supergewinnen besteuert werden. Geld ist genug da!“*

Dorit Hollasky (Sprecherin der verdi Betriebsgruppe am Städtischen Klinikum Dresden (Angabe der Funktion dient nur der Kenntlichmachung der Person))

Im Kolleg\*innenkreis und innerhalb der Gewerkschaften ist es deshalb wichtig zu betonen, dass die vorhandene Kampfkraft für die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen eingesetzt werden muss. Auch denen, die für uns verhandeln, sowie der Führung der Gewerkschaften, muss immer wieder klar gesagt werden, dass Einmalzahlungen nicht als akzeptable Kompromisse oder gar als Erfolge angesehen werden können.

Die wichtige soziale Komponente in der anstehenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, die Forderung nach mindestens 500 Euro mehr jeden Monat, kann unterlaufen werden mit einem Einverständnis für eine einmalige Zahlung. Bereits in der Vergangenheit haben die Arbeitgeber besonders starken Widerstand gegen monatliche Festgeldforderungen gezeigt. Aus ihrer Sicht ist es vorteilhaft, wenn eine breite Unterschiedlichkeit in der Bezahlung besteht. Damit können einzelne Gruppen von Beschäftigten leichter gegeneinander ausgespielt werden und unterm Strich kann natürlich eingespart werden, wenn eine große Gruppe von Beschäftigten wenig bekommt.

Um die bereits aktuellen Belastungen durch die aktuellen Preissteigerungen zu mindern, und die Schere zwischen den Löhnen nicht weiter zu öffnen, ist das Bestehen auf den mindestens 500 Euro unbedingt erforderlich - bei kurzer Laufzeit und am besten gekoppelt mit einer zusätzlichen automatischen Anpassung an Preissteigerungen.



Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische verdi“ ist ein Zusammenschluss von Kolleg\*innen in verdi, die sich für einen kämpferischen Kurs von verdi einsetzen. Das Netzwerk ist Teil der „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ (VKG) - [www.vernetzung.org](http://www.vernetzung.org)